

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade in der ersten Phase der Pandemie war viel von systemrelevanten Jobs zu hören. Berufe, ohne die unsere Gesellschaft komplett zusammenbrechen würde: Kranken- und Altenpflegerinnen, Erzieherinnen, Kassiererinnen und Reinigungskräfte. Sie sind systemrelevant. Es sind Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden. Und sie sind häufig schlecht bezahlt.

Wir wollen verbindliche Tarifverträge, eine gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in all diesen Berufen. In der Altenpflege waren wir auf einem guten Weg. Dort ist die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages jetzt daran gescheitert, dass die Arbeitgeberseite der Caritas dies verhindert hat. Ausgerechnet die kirchlichen Arbeitgeber haben bessere Arbeitsbedingungen und Tariflöhne in der Pflege verhindert. Unser Ziel bleibt, dass in der Pflege Tariflöhne gezahlt werden. Wir prüfen nun, die Leistungen der Pflegeversicherung an die Bezahlung nach Tarif zu knüpfen.

Die arbeitsrechtliche Kommission der Caritas, die den Tarifvertrag abgelehnt hat, ist übrigens mehrheitlich mit Männern besetzt. Diese entscheiden noch immer über die Bedingungen in Berufen, die zu großen Teilen von Frauen ausgeübt werden. Das zeigt, wie notwendig Quotenregelungen sind. Für Vorstände großer Unternehmen und für den öffentlichen Dienst haben wir diese jetzt auf den Weg gebracht.

Gleichstellung ist immer noch nicht selbstverständlich. Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen, entschiedene Schritte hin zur Lohngerechtigkeit, eine gerechte Aufteilung von Erwerbs- und Familienaufgaben, die Aufwertung sozialer Berufe und nicht zuletzt mehr Frauen in den Parlamenten.

Ein Baustein ist der Ausbau der Ganztagsbetreuung in der Grundschule, verbunden mit einem Rechtsanspruch darauf. Damit wäre die Kinderbetreuung für die Familien verlässlich geregelt. Und auch für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wäre das gut. Bildung hängt immer noch von der Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern ab. Ganztagsschulen leisten einen Beitrag dazu, dies auszugleichen. Deswegen stehen sie ganz oben auf unserer bildungspolitischen Agenda.

Herzliche Grüße Bärbel Bas





Fortgeltung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Vor knapp einem Jahr musste der Bundestag erstmals eine epidemische Lage von nationaler Tragweite feststellen. Ist die festgestellt, können nicht nur Kontaktbeschränkungen erlassen werden. Auch die Beschaffung und Priorisierung von Impfstoffen, die Teststrategie und die Schutzschirme, mit denen wir die Versorgungsstrukturen im Gesundheitssystem sichern, sind an die epidemische Lage geknüpft.

Corona bleibt gefährlich

Die epidemische Lage besteht weiter, diese Regelungen bleiben notwendig. Das bisherige Gesetz war aber bis zum 31. März befristet. Letzte Woche haben wir die Frist um drei Monate verlängert.

Künftig müssen bei der Festlegung der Corona-Schutzmaßnahmen neben dem Inzidenzwert auch weitere Kriterien stärker berücksichtigt werden. Dazu zählen unter anderem die Impfquote und der R-Wert.

Bundestag wird gestärkt

Der Bundestag muss künftig alle drei Monate das Fortbestehen der epidemischen Lage feststellen. Andernfalls gilt sie automatisch als aufgehoben— und mit ihr auch alle deswegen erlassenen Rechtsverordnungen und Anordnungen durch die Bundesregierung.

Es wird ein interdisziplinäres Gremium des Bundestages eingesetzt, um aktuelle sowie künftige gesundheitliche und soziale Fragen der Bewältigung der Covid-19-Pandemie zu behandeln und Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Vorgesehen ist außerdem eine unabhängige interdisziplinäre Evaluation des Infektionsschutzgesetzes durch ein Gremium, dessen Mitglieder je zur Hälfte vom Bundestag und der Bundesregierung benannt werden.

Verbesserungen für Pflegekräfte und Eltern

Der Schutzschirm für Pflegeeinrichtungen wird unverändert verlängert. Hier gab es große Sorgen bei den Einrichtungsträgern, diese Sorge konnten wir nehmen.

Die Entschädigungsregel im Infektionsschutzgesetz für Eltern, die pandemiebedingt ihre Kinder zuhause betreuen müssen, wird an die bereits erweiterten Regelungen zum Kinderkrankengeld durch die Krankenkassen angeglichen. Ein Entschädigungsanspruch besteht künftig beispielsweise auch unabhängig von der Möglichkeit zum Homeoffice. Damit helfen wir besonders allen nicht gesetzlich Krankenversicherten.

Es wird eine zweite Prämie als Anerkennung für besonders belastete Pflegekräfte in Kliniken und andere Krankenhausbeschäftigte geben. Wir haben den Kreis der Beschäftigten erheblich ausgeweitet. Hierfür gibt der Bund 450 Millionen Euro.

Wie geht es weiter?

Es war notwendig, das Gesetz zu verlängern. Unser Ziel bleibt aber, möglichst schnell die Kontaktbeschränkungen zu beenden. Dazu brauchen wir ein höheres Tempo beim Impfen und eine gut durchdachte und verlässliche Teststrategie. Hierauf muss jetzt der Fokus liegen.

Neues aus Berlin



1,6 Millionen für Sportanlagen im Duisburger Süden

Gute Nachrichten für den Sport im Duisburger Süden: 1,6 Millionen Euro an Bundesmitteln fließen im Rahmen des Förderprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" nach Wanheim und Großenbaum.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat diese Woche die Mittel freigegeben. Damit können jetzt die Sportanlage Honnenpfad in Duisburg Wanheim und die Sportanlage Großenbaumer Allee in Duisburg Großenbaum saniert werden. Nach Wanheim fließen 815.000 Euro, nach

Großenbaum 803.000 Euro. Der Bund trägt damit 90 Prozent der geschätzten Gesamtkosten der beiden Projekte.

Gerade in Zeiten, in denen Kommunen mit sinkenden Gewerbesteuereinnahmen und anderen Einnahmeausfällen durch die Corona-Pandemie zu kämpfen haben, ist es uns wichtig, dass wir die Wirtschaft auch durch öffentliche Investitionen unterstützen und vor allem Kommunen bei ihren Sanierungsvorhaben nicht alleine lassen. Ich freue mich sehr, dass dieses Programm bei unseren Sportvereinen ankommt.

Weitere Sprach-Kita wird gefördert

Sprache ist der Schlüssel zur Welt: Durch sie erschließen wir uns unser Umfeld, treten mit Menschen in Kontakt und eignen uns Wissen an. Sprachliche Kompetenzen haben einen erheblichen Einfluss auf den weiteren Bildungsweg und den Einstieg ins Erwerbsleben.

Mit dem Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kitas in ganz Deutschland. Die Kita-Teams werden durch zusätzliche Fachkräfte mit Expertise im Bereich sprachliche Bildung verstärkt. Das Programm bietet eine zusätzliche Fachberatung, die kontinuierlich und prozessbegleitend die Qualitätsentwicklung in den Sprach-Kitas unterstützt.

Heute habe ich die Mitteilung erhalten, dass jetzt

die zehnte Kita in meinem Wahlkreis durch dieses Programm gefördert wird. In ganz Duisburg sind es dann 30 Kitas. Es freut mich sehr, dass so knapp 46.000 Euro an zusätzlichen Bundesmitteln in die Sprachförderung der Kinder in Duisburg fließen werden.

Wir wollen gute Bildung für alle Kinder. Mit diesem Programm leisten wir einen Beitrag dazu. Wir helfen, die Grundlage dafür zu schaffen, dass Bildung gelingt.





Mein Tagebuch

Als zu Beginn der Corona-Pandemie Schutzausrüstung knapp war, haben viele Unternehmen begonnen Schutzausrüstung herzustellen. Andere Unternehmen hatte ihre Kontakte nach China genutzt um Masken und Kittel zu importieren. Viele dieser Initiativen haben geholfen, notwendiges Material zu erhalten.

Die Beschaffung lief über das Bundesministerium für Gesundheit. Viele Unternehmen haben sich an uns Abgeordnete gewandt und auf ihr Angebot hingewiesen. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben diese Mails direkt an die zuständige Stelle im Gesundheitsministerium weitergeleitet. Die Anfragen liefen nicht über meinen Schreibtisch, ich habe mich für kein Unternehmen stark gemacht.

Georg Nüßlein hat sein Büro direkt über meinem Büro. Es hat mich zunächst überrascht, dann aber auch wütend gemacht, als ich erfahren hab, warum die Polizei vor seinem Büro stand. Es ist schändlich, sich am Mangel an Schutzausrüstung zu bereichern. Und es schadet dem Ansehen der ganzen Politik, wenn das Mandat missbraucht wird.

Wir haben letzte Woche das Lobbyregister auf den Weg gebracht. Transparenz ist wichtig, gerne auch noch mehr als mit der Union geht. Bei den Provisionszahlungen für Masken geht es aber nicht um Transparenz. Steuerhinterziehung und Vorteilsnahme sind schon jetzt und zu recht strafbar.

Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf!

Aus meinem Kalender

10. März 2021

Treffen der AG der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

12. März 2021

Online-Diskussion "In Solidarität durch die Pandemie"

15. März 2021

Online-Diskussion zur Corona-Lage

16. März 2021

Instagram-Live mit dem Pfleger Alexander Jorde zu den Arbeitsbedingungen in der Pflege.

16. März 2021

Online-Diskussion "Impfungen, Intensivstationen, Pflegeeinrichtungen Wie geht es weiter in der Pandemie?"

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607 baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier: https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:

https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-

Neues zum Schluss